

«Ich spüre reichlich Misstrauen»

Ganze zehn Anträge wurden an der ausserordentlichen Wagenhauser Gemeindeversammlung gestellt – viele liessen Bedenken zur Finanzlage der Gemeinde durchblicken. Nur knapp angenommen wurde das revidierte Baureglement, eindeutig die revidierte Gemeindeordnung.

Darina Schweizer

WAGENHAUSEN. Ein gewisses Misstrauen war von Anfang an spürbar unter den 98 Stimmberechtigten, welche die ausserordentliche Wagenhauser Gemeindeversammlung am Donnerstag besuchten. Deutlich wurde das nicht nur durch eine Rüge an den Gemeinderat, sondern vor allem durch die enorm hohe Anzahl Anträge, die gestellt wurden. Insgesamt waren es zehn. Beinahe diskussionslos wurde das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung mit zwei kleineren Präzisierungen genehmigt, doch dass es bereits beim revidierten Baureglement zu hitzigen Debatten kam, war überraschend.

Als das Reglement nämlich letzten Mai öffentlich aufgelegt wurde, waren nur gerade sechs Einsprachen eingegangen. Und auch an Fragestunden, die die Gemeinde anbot, hätten lediglich vereinzelte Wagenhauser teilgenommen, so Gemeindepräsident Harry Müller. Für Hans Geuggis lag das daran, dass «nicht ausreichend kommuniziert» wurde. An der Gemeindeversammlung vom Mai 2018, als über das Reglement informiert wurde, hätten aufgrund anderer gleichzeitig stattfindender Anlässe nur wenige Stimmbürger teilgenommen – und diesen sei keine klare Auflagefrist mitgeteilt worden, so Geuggis. Müller wies die Anschuldigung klar zurück: «Wir haben offen kommuniziert, das Reglement war aufgelegt und es gab Fragestunden. Unsere Türen standen offen. Man hätte sich nur mit uns austauschen müssen.»

Angst vor höheren Landpreisen

Zu einem Austausch kam es zumindest vorgestern. Janet Gegauf, die letzten Som-

mer Einsprache erhoben hatte, kritisierte gleich zwei Punkte am revidierten Baureglement. Erstens meinte sie, dass Baureglement und Zonenplan zwingend zu kombinieren seien. «Sonst weiss niemand, welche Zone er neben sich hat.» Zweitens bemängelte sie die fehlende Ausnutzungsziffer. «Je mehr man bauen kann, desto teurer wird es», sagte sie. Patrick Gegauf stimmte ihr zu. So werde es irgendwann unmöglich, Einfamilienhäuser zu bauen. Stattdessen würden dann überall Überbauungen entstehen. «Diese Angst ist unbegründet», meldete sich Urs Steinmann zu Wort, Mitglied der vorberatenden Kommission. «In Stein am Rhein kennt man die Ausnutzungsziffer schon lange nicht mehr – und wie man sieht, gibt es trotzdem keine riesigen Überbauungen. In Wagenhausen stehen viele Einfamilienhäuser auf schlecht genutzten Grundstücken. Dagegen muss man etwas tun.» Gleicher Meinung war auch Müller. «Wir sollten unser Land nutzen. Das heisst nicht, Hochhäuser zu bauen. Wir haben lediglich die Gebäudelängen gekürzt. So können Neubauten im Sinne der Verdichtung weiterhin in die bestehenden Baustrukturen eingeordnet werden. Die Grenzabstände bleiben.» Überzeugt war man an diesem Abend trotzdem nicht vollends. Vor allem, nachdem eine Wagenhauserin ihren Antrag zurückgezogen und René Gächter eine Rüge geäussert hatten. In der Botschaft seien Skizzen und Anhänge des Reglements nicht enthalten, so Gächter. Ausserdem fehle die blaue Einfärbung der Änderungen. «Die Übersichtlichkeit ist somit ungenügend.» Müller erklärte dies damit, dass der farbige Druck einigtes teurer gewesen wäre. Mit 47 Ja- zu 42 Nein-Stimmen fiel das Ergebnis zum

revidierten Baureglement letztlich sehr knapp aus.

Konkreter Antrag zum Schuldenabbau

Zu einer regelrechten «Antragsflut» kam es erst bei der revidierten Gemeindeordnung. Den Anfang machte eine Wagenhauserin, die verlangte, dass die Vergabe von Aufträgen der Submissionsverordnung unterliegt. «Das ist bereits im übergeordneten Recht geregelt», so Müller. Mit 28 Ja- zu 42-Neinstimmen wurde der Antrag abgelehnt. Einiges knapper fiel die Abstimmung über René Gächters Antrag aus. «Ich beantrage – gerade wegen der niedrigen Stimmbeteiligung an unseren Gemeindeversammlungen – dass die Stimmbürger an der Urne über Geschäfte und Ausgaben von über einer Million Franken abstimmen», sagte er. Er sprach damit auch den kürzlich erfolgten Verkauf der Parzelle Schöfferris an. Willi Randegger meinte, das sei nicht nötig, da «diejenigen, die es interessiert, auch an die Gemeindeversammlung kommen». Gemeinderat René Caspar war derselben Meinung: «Wir behandeln fast nur Geschäfte über eine Million. Dann könnten wir die Gemeindeversammlung ja gerade ganz abschaffen.» Mit 46 Ja- zu 49 Nein-Stimmen wurde Gächters Antrag knapp abgelehnt. Etwas Verwirrung stiftete Andreas Herrens Antrag zum Mitspracherecht des Volkes bei Erlass und Änderungen von Reglementen und der Bewilligung von Krediten, die die Finanzkompetenz des Gemeinderats übersteigen. Laut Müller hatte der Antrag «ganz klar» einen persönlichen Hintergrund und beziehe sich auf den Bootshafen. Er spüre reichlich Misstrauen, so Müller. «Dabei steht dem Volk ja das fakultative Referen-

dum zur Verfügung, es muss nicht über jedes Reglement an der Gemeindeversammlung abgestimmt werden. Es reicht, wenn wir die üblichen wie bisher vorlegen – das ist so auch im übergeordneten Recht geregelt», so Müller. Mit 44 Ja- zu 51 Nein-Stimmen wurde der Antrag abgelehnt. Ebenfalls keine Zustimmung erhielten Anträge, die verlangten, dass an Gemeindeversammlungen nicht mehr über Einbürgerungen entschieden wird, dass bei Geschäften an Gemeindeversammlungen eine Urnenabstimmung mit einfachem Mehr beschlossen werden kann und dass das Befugnis des Gemeindepräsidenten bei der Vergabe von Arbeiten an Dritte von gesamthaft 10000 Franken auf 2000 reduziert wird. Angenommen hingegen wurden folgende Anträge: Zur Einberufung einer Gemeindeversammlung werden nur noch Unterschriften von 10 statt 20 Prozent der Bevölkerung benötigt, die Voten bezüglich einer Einbürgerung im Protokoll der Gemeindeversammlung werden ohne Namen erwähnt und die Finanzkompetenz des Gemeinderates wird von 70000 Franken auf 32000 Franken für einfache und 5500 Franken wiederkehrende Ausgaben reduziert. Mit 75 Ja- zu 2 Nein-Stimmen nahmen die Wagenhauser die revidierte Gemeindeordnung letztlich klar an.

Ganz zu Ende der dreieinhalbstündigen Gemeindeversammlung wurde dennoch erneut Misstrauen laut: Hermann Neukomm stellte einen nicht traktandierten Antrag, der einen jährlichen Schuldenabbau ab 2021 fordert. Mit 71 Ja- zu 6 Nein-Stimmen wurde er angenommen. An der nächsten Gemeindeversammlung vom 23. Mai wird die Finanzlage von Wagenhausen also wieder ein grosses Thema sein.

«Die Angst vor Überbauungen ist unbegründet.»

Urs Steinmann
Mitglied der vorberatenden Kommission

Mehr Konsens statt Uneinigkeit

An der überparteilichen Veranstaltung «World-Café» trafen Kantonsratskandidierende in Andelfingen aufeinander. An runden Tischen wurden Themen diskutiert. Die rund 25 erschienenen Zuhörer konnten sich ebenfalls einbringen.

Stefan Salzmann

ANDELFINGEN. Am 24. März wollen 40 Kandidierende aus dem Bezirk Andelfingen einen der vier zur Verfügung stehenden Plätze im Zürcher Kantonsrat ergattern. 9 der 40 Kandidaten nahmen am Donnerstagabend an der überparteilichen Veranstaltung im Löwen-saal in Andelfingen teil. Gemäss der Workshop-Methode «World-Café» diskutierten je zwei Vertreter der SP, der Grünen, der EVP und der BDP sowie ein Kandidat der CVP über regionale und kantonale Themen.

Die beiden grossen Parteien (FDP und SVP) blieben der Veranstaltung fern, was die Co-Präsidentin der SP Weinland und Leiterin des «World-Cafés», Käthi Furrer, als «schade» empfand. Damit war schon vor der ersten Diskussionsrunde klar, dass mehr Konsens statt Uneinigkeit herrschen würde.

Bevor es losging, erklärte Käthi Furrer den rund 25 erschienenen Zuhörern das Vorgehen: «Jeweils drei Kandidierende nehmen an Tisch 1, 2 oder 3 Platz und sprechen zwanzig Minuten über ein vorgegebenes Thema.» Zu Beginn dürfe jeder Kandidierende ein zweiminütiges Votum zum Thema abgeben. «Anschliessend darf das Publikum sich mit Fragen und Meinungsäusserungen einbringen», erklärte Furrer. Nach Ablauf der Zeit werde das Thema gewechselt und «die Zuhörer können sich neu an anderen Tischen verteilen, während die Kandidierenden an allen drei Runden an ihren Tischen bleiben».

Entlastung der Gemeinden

Philipp Büchner (CVP), Thomas Feer (Grüne) und Daniel Zinsstag (EVP) diskutierten in ihrer ersten Runde zum Thema «Gemeindefinanzen – Steuerhölle Weinland?». Die drei waren sich ei-



Angeregte Diskussion an einem Tisch von «World-Café».

BILD STEFAN SALZMANN

ng, dass man in der Rolle als Kantonsrat dafür sorgen müsse, dass der Kanton nicht noch mehr Ausgaben auf die Gemeinden abschiebe. «Die Gemeinden müssen entlastet werden», sagte Büchner. Feer sprach davon, dass der Unterhalt vieler Feldwege und Quartierstrassen zu stark zulasten der Gemeinden gehe. «Ich wünsche mir da beim Thema Strassen mehr finanzielle Unterstützung.» Zinsstag sprach individuellen Handlungsbedarf an, beispielsweise bei der Gemeinde Adlikon. «Es kann nicht sein, dass ein Sonderschüler eine Erhöhung des Steuerfusses um 7 Prozent bewirkt.» Bei solchen Fällen müsse der Kanton Rahmenbedingungen schaffen.

Weitere Diskussionspunkte in diesem zwanzigminütigen Austausch waren Steuerhinterziehung, die Möglichkeit der Individualbesteuerung und die grossen Unterschiede der Steuerfüsse im gesamten Kanton Zürich. Die Spannweite reicht von 72 Prozent in Kilchberg bis zu 130 Prozent in Adlikon.

In der zweiten Diskussionsrunde wurde am Tisch von Martine Baumgartner (Grüne), Markus Späth (SP) und Judith Waser (BDP) über das Thema «Sozialpolitik – Wie viel ist zu viel?» diskutiert. Späth listete zu Beginn Probleme auf und was in nächster Zeit angepackt werden muss: «Einerseits müssen wir schauen, dass die Prämienbelastung für die Haushalte nicht mehr als 10 Prozent des Haushaltseinkommens beträgt. Momentan ist die Belastung zum Teil bei über 20 Prozent. Andererseits müssen wir einen besseren Soziallastenausgleich anstreben, damit stark belastete Gemeinden solidarisch unterstützt und mitfinanziert werden können.»

Waser betonte, dass sie mit den angesprochenen Punkten von Späth einig sei. «Für mich gehören aber auch die Unterstützung von Familien durch Tagesschulen und familienergänzenden Betreuungen zur Sozialpolitik.» Und dass Eigenverantwortung wahrgenommen werde, so Waser. «Man hat so und

so viel Geld zur Verfügung, das man einsetzen kann. Wenn es weniger ist, muss man eigenverantwortlich sparen.»

Für Baumgartner ein zentrales Anliegen ist: «Wir müssen Wohnraum schaffen, der für alle bezahlbar ist.» Und sie erinnerte daran, dass 100 000 Leute im reichen Kanton Zürich als arm gelten. «Das ist eine erschreckend hohe Zahl.»

In der Folge entwickelte sich eine spannende Diskussion über Sozialhilfebezügler, die Unterschiede und Folgen eines akademischen Weges und einer Berufslehre und die Gründe für die fehlende Attraktivität von Pflegeberufen. Aufgrund der bürgerlichen BDP traten in dieser Diskussionsrunde auch ein paar Meinungsverschiedenheiten auf.

«Die Chancengleichheit fehlt»

In der abschliessenden Runde diskutierten Christina Furrer (EVP), Sibylle Jüttner (SP) und Kurt Schön (BDP) über das Thema «Bildungspolitik – zwischen Chancengerechtigkeit und Wirtschaftsorientierung». Jüttner sagte: «Im Vergleich zu anderen Ländern ist bei uns ein Kind je nach sozialökonomischem Hintergrund sehr früh geprägt, ob es später mal erfolgreich sein wird oder nicht. Die Chancengleichheit fehlt.» Furrer machte sich stark für eine bessere Entlohnung von Kindergärtnerinnen: «Die Früherkennung bei Kindern ist wichtig. Die Kindergärtnerin muss 20 bis 25 Kindern gerecht werden. Das ist nicht leistbar.» Und Schön zeigte sich einig mit den beiden Frauen: «Als hätten wir die Voten zusammen gearbeitet», sagte er lachend. Ihm ist die Förderung des dualen Bildungssystems wichtig. Weitere Themen waren die laut Jüttner vorbildlichen Schulsysteme in Skandinavien, Privatschulen und zu guter Letzt die Rolle von Schulleitern als Entlastung für die Lehrpersonen.

Flugzeugabsturz: Untersuchung ist abgeschlossen

OBERHALLAU. Die Untersuchung der Schweizerischen Sicherheitsuntersuchungsstelle (Sust) zum Flugzeugabsturz vom Sommer 2011 in Oberhallau ist abgeschlossen. Wie die Sust in ihrem gestern publizierten Bericht festhält, startete der Pilot am 16. Juli 2011 um 11.11 Uhr mit dem zweimotorigen Flugzeug Diamond DA 42 vom Flugplatz St.Gallen-Altenrhein SG.

Der Flug führte zunächst in westlicher Richtung bis nach Lausanne und anschliessend über die Gegend von Greyerz, das Haslital, den Sustenpass in die Ostschweiz sowie schliesslich Richtung Schaffhausen. Um 15.55 Uhr prallte die Maschine in die Ostfassade des Einfamilienhauses am Rande von Oberhallau. Flugzeug und Haus gingen explosionsartig in Flammen auf. Rund 100 Feuerwehrleute standen im Einsatz. Der Pilot, der alleine an Bord gewesen war, wurde tödlich verletzt. Die einzige Bewohnerin des Hauses – die Mutter des Piloten – konnte unverletzt gerettet werden.

Wie es im Bericht weiter heisst, weisen sämtliche Abklärungen darauf hin, dass der Pilot die Kollision seines Flugzeugs mit dem Einfamilienhaus bewusst herbeigeführt hat. So hatte der 48-Jährige einen Abschiedsbrief hinterlassen, wie die Polizei bereits kurz nach dem Absturz mitgeteilt hatte. (sda)

Personalien

Heinrich Pestalozzi

Heute Samstag darf Heinrich Pestalozzi, wohnhaft in Neunkirch, seinen 90. Geburtstag feiern. Er tut dies bei guter gesundheitlicher Verfassung und mit grosser Vitalität. Wir gratulieren herzlich.